

Widerrufsbelehrung und Allgemeine Geschäftsbedingungen:

I. Widerrufsrecht für Verbraucher

Als Verbraucher (jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann) können Sie Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) oder durch Rücksendung der Sache widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Ihnen die Widerrufsbelehrung in Textform zugegangen ist, jedoch nicht vor Eingang der Ware bei Ihnen bzw. dem von Ihnen genannten Lieferempfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht, bevor der Verkäufer seine Informationspflichten gemäß § 312c Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 1 Abs. 1, 2 und 4 BGB-InfoV sowie seine Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit § 3 BGB-InfoV erfüllt hat. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufs oder der Sache. Der Widerruf ist zu richten an: Westernsattel-Börse, Krüdersheide 17a, 42697 Solingen, Fax: 0212-71547, Email: mail@westernsattelboerse.de

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren.

Eine Pflicht zum Ersatz von Nutzungen der Sache bzw. des Wertes der Nutzungen besteht nicht.

Können Sie dem Verkäufer die empfangene Ware ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie dem Verkäufer insoweit ggf. Wertersatz leisten. Bei der Überlassung von Sachen gilt dies nicht, wenn die Verschlechterung der Sache ausschließlich auf deren Prüfung - wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre - zurückzuführen ist.

Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Sache nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt.

Eine Pflicht, zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung besteht desweiteren nur, soweit Sie der Rechtsfolge und eine Möglichkeit hingewiesen hat, sie zu vermeiden.

Paketversandfähige Sachen sind auf Gefahr des Verkäufers zurückzusenden. Sie haben die Kosten der Rücksendung gem. § 357 Abs. 2 BGB zu tragen, wenn die gelieferte Ware der bestellten entspricht und wenn der Preis der zurückzusendenden Sache einen Betrag von 40,00 € nicht übersteigt oder wenn Sie bei einem höheren Preis der Sache zum Zeitpunkt des Widerrufs noch nicht die Gegenleistung oder eine vertraglich vereinbarte Teilzahlung erbracht haben. Andernfalls ist die Rücksendung für Sie kostenfrei. Nicht paketversandfähige Sachen werden bei Ihnen abgeholt. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung oder der Sache, für den Verkäufer mit deren Empfang.

Ausschluss des Widerrufsrechtes

Das Widerrufsrecht besteht unter anderem nicht bei Verträgen zur Lieferung von Waren, die nach Kundenspezifikation angefertigt werden oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind oder die auf Grund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind.

II. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Westernsattelbörse § 1 Allgemeines

1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen stellen die ausschließliche Grundlage für sämtliche zwischen der Westernsattelbörse, Krüdersheide 17a, 42697 Solingen, Inhaberin Francis John, im Folgenden: Anbieter, und deren Kunden ausschließlich online, per Fax oder sonstigem Fernkommunikationsmittel begründeten Rechtsverhältnisse dar.
2. Kunden im Sinne dieser Geschäftsbedingungen sind ausschließlich Verbraucher im Sinne des § 13 BGB, d.h. natürliche Personen, die das jeweilige Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließen, der weder ihrer gewerblichen noch selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.
3. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung.

§ 2 Vertragsschluss

1. Die Darstellung der Waren auf den Internetseiten der Westernsattelbörse beinhaltet kein verbindliches Angebot.
2. Jede Bestellung des Kunden stellt ein verbindliches Angebot auf Abschluss eines Kaufvertrags über die bestellte Ware dar. Damit erkennt der Kunde auch diese Geschäftsbedingungen als für das Rechtsverhältnis mit dem Anbieter allein maßgeblich an.
3. Der Anbieter wird den Zugang der Bestellung des Kunden in Textform (z.B. Fax oder Email) bestätigen. Diese Zugangsbestätigung stellt keine verbindliche Annahme dar.
4. Der Kaufvertrag kommt erst zustande, indem der Anbieter dem Kunden eine ausdrückliche Auftragsbestätigung übermittelt oder die bestellte Ware an den Kunden versendet.

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

1. Alle Preisangaben auf den Internet-Seiten des Anbieters sind Bruttopreise inkl. USt. Die Kosten des Versands innerhalb Deutschlands betragen für Sättel 20 €. Bei einem Versand der Ware ins Ausland können höhere Versandkosten anfallen, die im Einzelfall beim Anbieter erfragt werden können.
2. Es gelten die im Zeitpunkt der Bestellung aktuellen Preise.
3. Die Lieferung der Ware erfolgt ausschließlich gegen Vorkasse. Der Versand erfolgt erst, wenn der Endbetrag der Bestellung auf dem Konto des Anbieters gutgeschrieben ist.
4. Der Kaufpreis ist ohne Abzug mit Vertragsschluss fällig. Im Fall der Nichtleistung des Kaufpreises kommt der Kunde automatisch 3 Wochen nach dem Fälligkeitstag in Verzug.

§ 4 Lieferung

1. Die Lieferung erfolgt an die von dem Kunden angegebene Anschrift.
2. Die Kosten der Versendung trägt der Käufer.

§ 5 Rechte des Kunden bei Mängeln

1. Hinsichtlich der Beschaffenheit der Ware ist zu berücksichtigen, dass es sich um gebrauchte Sättel handelt. Typische Abnutzungs- und Gebrauchsspuren stellen daher keinen Mangel dar. Im Übrigen ergeben sich die wesentlichen Merkmale der Ware aus der Darstellung auf der Internetseite, wobei darin keine Übernahme einer Garantie zu sehen ist.
2. Die Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche beträgt ein Jahr ab Ablieferung der Sache.
3. Im Übrigen bestimmen sich die Rechte des Kunden bei Mängeln auf Nacherfüllung, Rücktritt vom Vertrag oder Minderung des Kaufpreises nach den gesetzlichen Regelungen. Für etwaige Schadensersatzansprüche neben der Leistung oder statt der Leistung gilt die Regelung in § 6.

§ 6 Haftung

1. Der Anbieter haftet nicht für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen, sofern diese keine vertragswesentlichen Pflichten oder Garantien betreffen oder Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit begründen.
2. Sofern der Anbieter auch für leichte Fahrlässigkeit haftet, ist die Haftung der Höhe nach auf vertragstypische, vorhersehbare Schäden begrenzt.
3. Die Haftungsbegrenzung gilt auch für Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen des Anbieters.

§ 7 Schlussbestimmungen

1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendbarkeit zwingender Normen des Staates, in dem der Kunde bei Vertragsschluss seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, bleibt von dieser Rechtswahl unberührt.
2. Sofern eine oder mehrere dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der Geschäftsbedingungen im Übrigen nicht. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine solche zu ersetzen, die wirtschaftlich und rechtlich dem am Nächsten kommt, was die Parteien mit der ursprünglichen Regelung beabsichtigt haben.